

Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) e.V.

Obernstr. 24a

33602 Bielefeld

Hier: Landesgruppe Hessen

1. Frühkindliche Medienbildung:

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen und ab welchem Alter halten sie diese für angemessen, um medienpädagogische Themen in die frühkindliche Bildung zu integrieren?

Grundsätzlich sollte recht früh mit angemessener Medienpädagogik begonnen werden. Dies beginnt eigentlich schon vor dem Kindergartenalter, was die Schulung von Eltern voraussetzen würde. Hierzu unter Punkt 5 mehr.

Im Kindergarten kann man schon recht gut solche Themen integrieren und das Verständnis und die Umsicht der Kinder schulen und verantwortlichen Umgang mit Medien prägen.

2. Medienbildung in der Schule:

Welche Initiativen will Ihre Partei ergreifen, um Medienbildung in der Schule deutlich zu stärken?

Whiteboards sollten Standard werden, ebenso der fächerübergreifende Computerunterricht.

Über kurz oder lang wird sich die Medienbildung in Schulen gar nicht mehr ausschließen lassen können. Schon heute wird eine gute und fundierte Grundausbildung in Bezug auf die neuen Medien bei der Einstellung von Lehrlingen vorausgesetzt. Diese Ausbildung soll und muss von der Schule einheitlich geleistet werden.

3. Außerschulische Medienbildung:

Wie wird Ihre Partei die Institutionen außerschulischer Bildung und Jugendhilfe so stärken, dass Medienbildung und Kinder- und Jugendmedienarbeit zu einem integrativen Bestandteil dieser Bereiche werden?

Es zeichnen sich ja schon heute gute außerschulische Bildungsmöglichkeiten und Jugendhilfen ab, jedoch scheinen diese natürlich nicht in genügendem Umfang vorhanden, weshalb auf den Punkt 2 verwiesen wird. Wäre die Bildung schon in die Schulen integriert, wären außerschulische und weitere Angebote - zumindest in großem Umfang - nicht mehr nötig und diese Ressourcen könnten anderweitig genutzt werden.

4. Jugendmedienschutz:

Wo sehen sie Verbesserungsbedarf für die geplante Neufassung des Jugendmedienschutzstaatsvertrag?

Grundsätzlich bei den Kontrollinstanzen, welche ja schon der Vergangenheit nicht eindringlich genug auf das Gesetz eingegangen sind und Maßnahmen kaum erfolgten.

Die „Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter“ ist leider von einer Zahlung abhängig, welche ziemlich hoch angesiedelt ist, weshalb vermutlich Anbieter von Multimediainhalten auf die Zahlung dieser Gebühr verzichten würden und sich "selbst"

kontrollieren, was wiederum zu einer Fehleinschätzung führen könnte. Würde es eine einheitliche Stelle geben, die gegen eine geringe "Zertifikatsgebühr" Einschätzungen vornimmt, könnte die Gefahr der Fehleinschätzung und die "schwarz"-Auflage von Medien sicherlich gut im Rahmen gehalten werden.

5. Medienpädagogische Elternarbeit! regionale Netzwerke:

Wie wollen Sie den Ausbau der medienpädagogischen Elternarbeit und entsprechender Netzwerke in den Regionen verstärken, damit Eltern für aktuelle Aufgaben der Medienerziehung sensibilisiert werden?

Grundsätzlich haben wir uns bisher mit diesem Thema noch nicht sehr intensiv beschäftigt. Jedoch vertreten wir sowohl in unserem Bundesprogramm, wie auch verschiedenen Landesprogrammen die Auffassung, dass jegliche den Bürger schützende und Wissen vermittelnde Möglichkeit ausgeschöpft werden sollte. Zur Zeit finden so genannte Kryptoparties zur Verschlüsselung statt. In ähnlicher Form könnte es so genannte Eltern-und-Kind-sicher-im-Internet-Schulungen geben. Diese Schulungen könnten sowohl im privaten Rahmen, wie auch im Kindergarten (Elternabendähnlich!) und Schule (Elternabendähnlich!) praktiziert werden.

6. Qualifizierung: medienpädagogischen Grundbildung für pädagogische Fachkräfte:

Wie gedenken Sie pädagogische Fachkräfte der außerschulischen Bildung sowie Lehrerinnen und Lehrer darin kontinuierlich zu qualifizieren? Unterstützen Sie den Vorschlag einer medienpädagogischen Grundbildung für alle pädagogischen Fachkräfte und wo sind diese zu verankern?

Auf alle Fälle unterstützen wir die medienpädagogische Grundbildung für pädagogische Fachkräfte! Die Schule ist ein Wissensaufbereiter, welcher den Zugang der Schüler ins Berufsleben durch Wissensvermittlung vorbereiten soll. Dementsprechend gehören in unserem Zeitalter auch die angebotenen Medien und deren Inhalte dazu.

Schulungen könnten entweder über, wie in 5. beschrieben, von unserer Partei ausgehen, oder aber durch Bund und Länder (oder aber auch in Zusammenarbeit unserer Partei mit Bund und Ländern!) durch entsprechend ausgebildete Fachkräfte durchgeführt werden.

7. Forschung: medienpädagogische Praxis- und Evaluationsforschung

Was haben Sie vor, um kontinuierliche medienpädagogische Praxis- und Evaluationsforschung zu unterstützen bzw. zu gewährleisten?

Forschung und Bildung sollten wesentlich besser miteinander vernetzt werden. Die Erkenntnisse und Inhalte sollten durch entsprechende Fachgremien besprochen, aufbereitet und dann auch verbreitet werden.

8. Finanzierung medienpädagogischer Angebote:

Wie könnte eine kontinuierliche Förderung der Medienbildung (fernab der Projektförderung) langfristig implementiert werden?

Mit einer Aufhebung des Kooperationsverbots wäre eine langfristige Sicherung durch Bundesmittel möglich.

9. Offene und freie Bildungsressourcen:

Wie stehen Sie zu offenen und freien Bildungsressourcen (für die schulische und außerschulische Medienbildungarbeit in Hessen)?

Wir stehen ausdrücklich für die Entwicklung und Verwendung von offenen und freien Bildungsmaterialien und möchten diese fördern.

10. Urheberrecht:

Haben sie eine Vision bezüglich des Urheberrechts für die aktive schulische und außerschulische Medienbildungarbeit?

Beide Fragen zielen in die gleiche Richtung: Sämtliche im schulischen Unterricht verwandten Materialien müssen von Forderungen aus dem Urheberrecht befreit sein. Hier bietet sich neben entsprechenden gesetzlichen Regelungen auch der Einsatz von Materialien unter freien Lizenzen an. Ebenso aber auch frei von selektiv politischen Inhalten!

11. Partizipation:

Wie gedenken Sie, die digitale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen?

Erstens fordern wir die Beibehaltung der absoluten Netzneutralität. Nur ein Mensch, der die Möglichkeit hat, sich umfassend und neutral zu informieren, kann ein informell selbstbestimmtes Leben führen. Weiterhin sehen wir im flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes die Grundlage für informelle Selbstbestimmung. Somit ist der Ausbau voranzutreiben.

12. Datenkompetenz:

Wie wollen sie die informationelle Selbstbestimmung generationsübergreifend gewährleisten?

Hier gilt es die Angebote zum Umgang mit Neuen Medien konsequent auszubauen und derart niedrigschwellig zu gestalten, dass auch die "analoge" Generation die Scheu vor der digitalen Welt verliert. Hier ergibt sich bspw. ein neues Arbeitsfeld für Bufdis.

Nachtrag: Wir empfehlen zum Nachschlagen unserer Inhalte auch folgende Seiten zu besuchen

<https://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm>